Stadt Halle (Saale)
30.03.1999
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 51. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 24.03.1999 - ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.35 Uhr bis 18.20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im
Anhang der Niederschrift

Die 51. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (82%) anwesend.

Der Vorsitzende des Stadtrates gab die in nichtöffentlicher Beratung in der 50. Tagung des Stadtrates gefassten Beschlüsse bekannt.

Zur Tagesordnung:

Zu **streichen** sei unter TOP 16 die Beschlussvorlage - **Satzung über die Erhöhung der Realsteuersätze für das Haushaltsjahr 1999** - Vorlage Nr. 99/I-48/1279. Ergänzungen seien zu den TOP`s 05, 12 und 13 zu beachten. Bei TOP 13 sei der Antrag der PDS-Fraktion mitzubehandeln. Ferner sei über die Aufnahme von zwei Dringlichkeitsanträgen zu entscheiden. Er verlas den Dringlichkeitsantrag der F.D.P.-Fraktion.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., begründete die Dringlichkeit des Antrages.

Der Tagungsleiter verlas den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, F.D.P. und PDS.

Wortmeldungen dazu gab es nicht.

**Abstimmung zu Aufnahme des Dringlichkeitsantrages
der F.D.P.-Fraktion auf die Tagesordnung:
Zweidrittelmehrheit zugestimmt**

mit

**Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages
der Fraktionen SPD, F.D.P. und PDS auf die
Tagesordnung:
mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt**

Herr **Müller**, PDS, zog den Antrag zur Vorlage Bildung eines
Ausländerbeirates zurück,
da die Vorlage inzwischen etwas verändert worden sei. Zu den beiden
Anlagen zum
Antrag werde jedoch noch ein Sachantrag gestellt.

**Abstimmung zur Tagesordnung einschl. Ergänzungen: mehrheitlich z
u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 **Genehmigung der Niederschrift** der 50. Tagung am 24.
Februar 1999

(öffentlicher Teil)

TOP 02 **Beschlussvorlage - Vergabe eines Straßennamens**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1372

TOP 03 **Beschlussvorlage - Vergabe von 13 Straßennamen**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1373

TOP 04 **Beschlussvorlage - Bedarfs- und Entwicklungsplanung für
Kindertageseinrich-**

**tungen in der Stadt Halle für den Zeitraum vom
01.08.1999 bis zum 31.07.2000;**

**Zusammenlegung der Kindertageseinrichtungen
„Gollmaer Straße“ und
„Delitzscher Straße“ in der KT „Sonnenschein“ am
Standort Peißener Straße**

Vorlage-Nr.: 99/I-51/1374

TOP 05 **Beschlussvorlage - Friedhofssatzung für den
Stadtgottesacker der**

Stadt Halle (Saale)

Vorlage-Nr.: 99/I-51/1375

TOP 06 **Beschlussvorlage - Prüfung unterlassener Anmeldung von
Hunden**

Vorlage-Nr.: 99/I-51/1376

- TOP 07 **Beschlussvorlage - Gesellschafterbeschluss für die Zoologische Garten**
Halle GmbH
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1377
- TOP 08 **Beschlussvorlage - Abwägungsbeschluss über die zum Entwurf 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.1 Halle, Heide-Süd vorgebrachten Anregungen**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1349
- TOP 09 **Beschlussvorlage - Beschluss über die Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.1 Halle Heide-Süd**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1353
- TOP 10 **Beschlussvorlage - Ausbau Blumenauweg 3. BA**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1294
- TOP 11 **Beschlussvorlage - Bildung des Vereins zur Förderung eines Regionalen Informationsverbundes für die Region Halle e. V. (R.I.V) der Stadt Halle zum Verein**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1357
- TOP 12 **Beschlussvorlage - Industriegebiet Halle-Ost/A 14 Nr. 95**
1. Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes
2. Beschluss zur Offenlegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 95.1
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1350
- TOP 13 **Beschlussvorlage - Bildung eines Ausländerbeirates**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1324
- TOP 14 **Beschlussvorlage - Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 1996/97 neues theater/schauspiel halle**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1378
- TOP 15 **Beschlussvorlage - Aufhebung zweier Festlegungen des Stadtratsbeschlusses „Strukturierung und Effektivierung des Bibliotheksnetzes in Halle“ vom 17.09.1997**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/1379
- TOP 16 **Wiedervorlage**
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Neues Forum - **Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im European Cities on Drug Policy**
Vorlage-Nr.: 98/I-47/A-495
- TOP 17 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
Antrag der SPD-Fraktion - **Teiltrückerstattung von Parkgebühren für Käufer in der Innenstadt**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-542

Antrag des Stadtrates Joachim Geuther, CDU -
**betreffend die Kameraüberwachung
von Kriminalitätsschwerpunkten**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-543

Antrag der Fraktion Neues Forum - **zur
Verwaltungsreform in Halle**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-544

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Änderung der
Straßensondernutzungssatzung**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-545

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **zu Park & Ride**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-546

Antrag der F.D.P.-Fraktion - **Erhalt der
Fußgängerbrücke an der Magistrale/
Schwimmhalle**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-547

Antrag des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - **zum Thema
„Sport gegen Gewalt unter
Jugendlichen“**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-548

Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU -
**betreffend die Veranstaltung für
Neubürger**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-549

Antrag der SPD-Fraktion - **Fußgängerampel
Delitzscher Straße/Bahnhofplatz**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-550

Antrag der PDS-Fraktion - **zur Erarbeitung eines
neuen Mietspiegels**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-551

Antrag der PDS-Fraktion - **zum Verkauf der
restlichen Grundstücke nach
„Modrow-Kaufpreis“**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-552

Antrag des Bildungs- und Kulturausschusses -
**Besetzung von frei werdenden
Diplom-Bibliothekarstellen**
Vorlage-Nr.: 99/I-51/A-554

Dringlichkeitsantrag der F.D.P.-Fraktion zur
Autobahn A 143
Vorlage Nr. 99/I-51/A-555

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, F.D.P.
und PDS zu **Prüfberichten**
Vorlage Nr. 99/I-51/A-556

TOP 18 **Anfragen von Stadträten**

TOP 19 **Mitteilungen**

Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Wortmeldungen zur Niederschrift der 50. öffentlichen
Tagung des Stadtrates
am 24.02.1999.

**Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: mehrheitlich z u g
e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 50. öffentlichen Tagung des
Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 24.02.1999 in der vorliegenden Form g e n e h m i
g t.

Zu TOP 02 - Beschlussvorlage - Vergabe eines Straßennamens

Vorlage Nr. 99/I-51/1372

(Auf Antrag der Fraktion Neues Forum erscheint ein Wortprotokoll.)

Frau **Bohley**, Neues Forum: ``Meine Damen und Herren, als ich im Hauptausschuss angekündigt habe, dass unsere Fraktion zu diesem Punkt noch etwas sagen wird, hat der Herr Oberbürgermeister geseufzt und gesagt, also dann haben wir diese Diskussion im Rat. Und genau das ist eigentlich das gewesen, was wir vermeiden wollten, als wir darum gebeten haben, damals diesen Antrag zurückzuziehen, diese Namensgebung nochmals zu besprechen und die Einwendungen, die aus der Jüdischen Gemeinde kamen zu dieser Straßenbenennung zu berücksichtigen. Wir hatten und wir haben immer noch die Intention, dass wir eigentlich hier im Stadtrat nicht das Gremium sind, um deutsche Geschichte zu bewerten und vor allem nicht, um ein Urteil abzugeben über die Verstrickungen, in die ein Mensch im Laufe seines Lebens in diesem Lande geraten sein konnte. Nun ist es aber so, dass, wie ich finde, der Bildungs- und Kulturausschuss sich auf eine recht oberflächliche Weise mit der ganzen Sache befasst hat. Zum Beispiel sind unsere Hinweise, über das Stadtarchiv die Ausschussmitglieder in Kenntnis zu setzen über die von uns detailliert gemachten Angaben, wo die Äußerungen von Herrn Schultze-Galléra zu finden sind, nicht erfolgt, so dass wir dann als Fraktion kurzfristig im Ausschuss selber die Mitglieder mit diesen Zitaten versorgt haben. Ich denke, dass ein wirklich differenzierter Umgang mit diesen Sachen notwendig wäre. Nun haben wir uns die deutsche Geschichte hier in den Rat geholt, und ich möchte einfach, dass Sie, wenn jetzt darüber abgestimmt wird, wissen, worüber Sie abstimmen. Und ich möchte Sie vor allem noch einmal öffentlich davon in Kenntnis setzen, welches die Einwürfe sind, die gemacht wurden und die dagegen sprechen, eine Straße nach diesem Mann zu benennen. Es gibt eine Veröffentlichung, die aus dem Jahre 1922 ist, die „Juden zu Halle im Mittelalter- ein Beitrag zur Geschichte und Topographie Halles`` von Dr. Siegmund Baron von Schultze-Galléra. Im Kultur- und Bildungsausschuss wurde der Einwurf gemacht, dass, wenn man jetzt, das, was ich Ihnen jetzt vorlesen werde, aus dem Zusammenhang reißt, das kein richtiges Bild ergibt. Ich muss es Ihnen selber überlassen, ob Sie sich einen Rahmen vorstellen können, wo solche Äußerungen gerechtfertigt wären. Es geht, wie gesagt, um die Geschichte der Juden zu Halle im Mittelalter. Und da wird zum Beispiel immer wieder auch Bezug genommen auf die Gegenwart, und das ist das Jahr 1922, d.h. eine Zeit, wo sich die Jüdische Gemeinde und auch assimilierte Juden mit plötzlich ganz neuen oder nicht neuen, uralten Vorwürfen wieder konfrontiert sahen, die man aus dem Mittelalter holte.

So z.B. auch in diesem Buch: 'Die Juden galten als Ungläubige. Man fürchtete schon damals mit Recht die des Volkes Religion zersetzenden jüdischen Ideen, wie sich ja auch heutzutage ein Zersetzungsprozess, der von den Juden ausgeht, auch auf anderen Gebieten wirtschaft-licher, politischer und nationaler Art sich kund tut. - Man mußte sich endlich ...' - es geht dann immer um die Progrome im Mittelalter - '...man mußte man sich endlich der Peiniger und der Blutsauger auf irgendeine Weise entledigen. Zugegeben, zuletzt, da sie auf Zins und Geldgeschäfte angewiesen waren, so ist ihre orientalische Maßlosigkeit und Habgier nimmermehr zu entschuldigen, so dass dem Volk nur eine Wahl blieb, entweder Selbstrettung des Volkes durch Vertreibung oder Ermordung der Vampire oder Untergang des Volkes. - Das letzte Endziel war, jedes Land, in welcher das Jehova begnadete Volk käme einzunehmen durch Wucher, also durch Geld, wie sich Macht zu verschaffen, durch die irdischen Schätze die Herren und Völker der Erde zu werden. Das selbe Prinzip, das war heute in furchtbarer Blüte sehen' - 1922.

'Die Arbeit anderer für sie auszunutzen, von dem Schweiß anderer zu leben, Drohen im Bienenstall zu sein und alle Völker der Erde allmählich auszuplündern und zu ihren Sklaven zu machen...' - ich muss Ihnen sagen, dass es mir unendlich unangenehm ist, dass ich mit meiner Stimme diese Sachen vorlese und ich möchte aber, dass Sie, wenn Sie jetzt abstimmen, dass Sie nicht sagen können, Sie hätten es nicht gewusst.'

Frau **Lenk**, PDS: „Meine, Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, also, ich würde doch bestreiten wollen, dass wir es uns im Bildungs- und Kulturausschuss leicht gemacht haben. Wir wissen sehr wohl um die Bedeutung dieser Äußerungen, nur Schultze-Galléra hat 26 regional-historische Werke geschrieben und sich mit diesen Werken doch sehr um die Aufarbeitung der Stadtgeschichte verdient gemacht. Solche Äußerungen sind vielleicht in drei Werken enthalten. Wir sind im Bildungs- und Kulturausschuss außerdem informiert worden, dass Schultze-Galléra selbst mit einer Jüdin verheiratet war. Und wenn man weiß, wie also, ich benenn's einfach mal, wie sich Karl Marx über Juden geäußert hat, und das verteufeln wir auch nicht. Ich denke, es ist eine nicht ganz einfache Geschichte, das ist schon wahr, bloß in Würdigung der regionalen historischen Verdienste Schultze-Galléras denke ich, und so hat sich der Bildungs- und Kulturausschuss entschieden, ist eine solche Namensgebung gerechtfertigt. Ich hatte gestern ein sehr langes Gespräch mit der jüdischen Bürgerin, die hauptsächlich Einwände gemacht hat. Sie weiß um die Verdienste von Schultze-Galléra und versteht, warum man zustimmen kann. Ich verstehe auch ihre Bedenken und ihre Einwände. Eine Sorge von ihr war noch, also, es sah in ihren Augen so aus, als würde jetzt Schultze-Galléra nun hochgehoben und der Antrag, jüdische Persönlichkeit bei der Namensgebung im Straßenbild zu berücksichtigen, den wir beide, Herr Prof. Kiel und ich, gemacht hatten, dass der unter den Tisch rutscht. Ja, sie hatte sogar den Verdacht, dass aufgrund der antisemitischen Drohungen, die es ja im Zusammenhang mit diesem Antrag gegeben hat, nun die Stadt sogar vollends den Rückzieher macht. Ich konnte diese Sorge ein bisschen zerstreuen, denn wir haben im Bildungs- und Kulturausschuss schon in einem Konzept zwei Namen berücksichtigt, einem Konzept für

Wörmlitz. Und uns wurde im Bildungs- und Kulturausschuss auch auf meine Anfrage hin versichert, dass an unserer Liste gearbeitet wird, dass überprüft wird, wo vielleicht jüdische Persönlichkeiten durch Gedenktafeln gewürdigt werden können. Ich würde bitten, dass diese Arbeit im Auge behalten wird, weiter verfolgt wird, auch ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Beschluss, den wir jetzt aufgefördert sind zu fassen.``

Herr **Dr. Ackermann**, CDU: „Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren - Frau Bohley, wenn mein Langzeitgedächtnis mich nicht im Stich lässt, haben wir uns im Bildungs- und Kulturausschuss zweimal damit beschäftigt. Das Neue Forum, ihre Vertreterin im Bildungs- und Kulturausschuss, hatte die Möglichkeit und hat sie auch wahrgenommen, dort Material zu verteilen. Aber ich muss Ihnen sagen, Sie haben richtig bemerkt, es sind nur Notizen, es sind Auszüge. Und wenn ich das richtig gelesen habe, sind das keine persönlichen Äußerungen von Schultze-Galléra, sondern es sind Zitate aus der Geschichte. Und wir müssen auch den Zeitgeist damals berücksichtigen. Viele haben sich damit sehr schwer getan, aber wenige haben es dann umgesetzt, was sehr grausam dann endete. Nur, der Herr Schultze-Galléra ist für mich ein Historiker, der in Halle und im Umland sehr bekannt ist. Und dies mit einem Straßennamen nicht zu benennen, wäre sträfliche Vernachlässigung. Den Herrn Schultze-Galléra in die Ecke eines Rassisten, Antisemiten oder vielleicht Judenhassers zu stellen, das halte ich für, sagen wir mal, peinliche und billige Polemik Ihrerseits. Ich verstehe an sich nicht, warum das Neue Forum aus diesem Namen ein Politikum macht, sondern wir müssen den Herrn Schultze-Galléra so berücksichtigen, wie er sich damals gegeben hat, und da sind meines Erachtens die positiven Äußerungen, die positiven Tätigkeiten des Herrn Schultze-Galléra in den Vordergrund zu stellen.``

Herr **Kupke**, CDU: „Herr Vorsitzender, wir stehen vor dem alten Problem, wenn wir Straßen und Plätze nach Menschen benennen, dann stellen wir immer fest, alle Menschen sind fehlbar, alle haben Fehler, und im Nachhinein wird man Umbenennungen machen. Es ist aber so, Luther war auch ein Antisemit, und wir haben weder den Lutherbogen, noch den Lutherplatz hier umbenannt, sondern wir haben das historische Werk, das reformatorische Werk höher geschätzt als seine antisemitischen Äußerungen. Und das muss jetzt jeder für sich entscheiden, ob wir das bei Schultze-Galléra auch machen.``

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD: „Sehr geehrte Damen und Herren, es ist sicherlich unstrittig, dass jetzt zwei, drei Bücher von Schultze-Galléra antisemitische Textstellen enthalten. Und aus der heutigen Sicht müssen diese - ich betone, aus der heutigen Sicht - müssen diese Textstellen sicherlich befremden, auch eingedenk der Erfahrungen der jüngeren deutschen Geschichte. Nur, man sollte sicherlich auch berücksichtigen, wann diese Äußerungen vorgetragen wurden, wann diese formuliert worden sind. Es war zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und leider, muss ich sagen, entsprachen diese Äußerungen auch dem Zeitgeist zu Beginn des 20. Jahrhunderts, diese kritische Distanz, diese Ablehnung von Juden. Und man muss sicherlich diese Äußerung dann auch immer im historischen Kontext sehen. Aus heutiger Sicht sicherlich verwerflich, aus der damaligen Zeit, auch wenn wir das heute verurteilen, sollte man das wenigstens zur Kenntnis nehmen. Es hat sicherlich auch etwas damit

zu tun, dass Juden oder dass die Tätigkeit von Juden im Mittelalter stark eingeschränkt war. Und sie waren aus dem Wirtschaftsleben weitgehend ausgeschlossen und konnten nur bestimmte Berufe, Ärzte oder auch Geldverleiher ausüben. Und Geldverleiher standen natürlich nie im guten Ruf, wenn man jetzt mehr Geld wiederhaben möchte als man tatsächlich weggibt. Das soll das sicherlich nicht rechtfertigen, aber sicherlich ein bestimmtes Verständnis hier aufbringen für die Denkweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die sicherlich nicht mehr die Denkweise von heute ist.

Schultze-Galléra ist auf alle Fälle kein Antisemit, er war ja auch - wie schon gesagt wurde - mit einer Jüdin verheiratet. Ihn prägt nicht Antisemitismus, ich denke, dass doch das Gesamtwerk von Schultze-Galléra, sein Werk als Heimatforscher, doch rechtfertigt, eine Straße nach ihm zu benennen.``

Frau **Bohley**: „Ich möchte noch einmal betonen, dass es natürlich eine Sache ist, an dafür festgelegten Tagen betroffen in der Gegend `rumzugucken und Kränze niederzulegen.

Und es wieder eine andere Sache ist, wenn man mit den unangenehmen Dingen konfrontiert wird, wenn sie sich so kleinlich darstellen, wie sie in Wirklichkeit abgelaufen sind.

Und ich habe auch gestern mit Frau... noch einmal gesprochen, nachdem sie mit Frau Lenk

dieses Gespräch hatte. Und es ist also keinesfalls so, dass Frau... jetzt verstehen würde oder Verständnis dafür hat, dass wir eine Straße nach Herrn Schultze-Galléra benennen werden.

Sie hat sicherlich auch diese Befürchtung gehabt, so dass es schön...dass es ausgeräumt würde, aber ich denke, wenn wir also jetzt hier sozusagen halbe-halbe, da eine Straße nach einem Juden, und da können wir uns auch da noch ein bisschen, ein Pfund Antisemitismus leisten, dann muss das jeder für sich entscheiden.

Und ich denke, und ich möchte, dass ein Wortprotokoll von dieser Debatte angefertigt wird, weil ich denke, dass diese Debatte so, wie wir sie eben hier erlebt haben, ein Dokument des Zeitgeistes des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist.``

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1372 - Vergabe eines Straßennamens

Die Vergabe eines Straßennamens wird befürwortet
und dem Namensvor-
schlag Schultze-Galléra-Weg wird zugestimmt.

**Zu TOP 03 - Beschlussvorlage - Vergabe von 13
Straßennamen**

Vorlage Nr. 99/I-51/1373

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1373 - Vergabe von 13 Straßennamen

Die Vergabe von 13 Straßennamen im Baugebiet Heide-
Süd wird befürwortet
und den Namensvorschlägen wird zugestimmt.

Zu TOP 04 - Beschlussvorlage - Bedarfs- und
Entwicklungsplanung für
Kindertageseinrichtungen in der
Stadt Halle für den Zeitraum
vom 01.08.1999 bis zum
31.07.2000; Zusammenlegung der
Kindertageseinrichtungen
„Gollmaer Straße“ und
„Delitzscher Straße“ in der KT
„Sonnenschein“ am Standort
Peißener Straße
Vorlage Nr. 99/I-51/1374

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1374 - Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle für den Zeitraum vom 01.08.1999 bis zum 31.07.2000; Zusammenlegung der Kindertageseinrichtungen „Gollmaer Straße“ und „Delitzscher Straße“ in der KT „Sonnenschein“ am Standort Peißener Straße

1. Der Stadtrat beschließt die Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle für den Zeitraum vom 01.08.1999 bis zum 31.07.2000.
 2. Die Ermittlung der Platzkapazitäten der freien Träger erfolgt auf der Grundlage der monatlichen Durchschnittsbelegung für den Zeitraum Januar bis Dezember 1998 des jeweiligen Trägers. Für die Aufnahme von Krippenplätzen in die Bedarfs- und Entwicklungsplanung wird eine Planungsreserve von 5 % angesetzt.
 3. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Verlaufe des Jahres 1999 erfolgt zum 01.01.2000 eine Überprüfung der Bedarfsplanung.
 4. Der Stadtrat beschließt die Zusammenlegung der Kindertageseinrichtungen „Gollmaer Straße“ und „Delitzscher Straße“ in der KT „Sonnenschein“ am Standort Peißener Straße ab 01.08.1999.
 5. Der Stadtrat beschließt, dass die Kindertageseinrichtungen an den Standorten Delitzscher Straße und Gollmaer Straße geschlossen werden.
-

Zu TOP 05 - Beschlussvorlage - Friedhofssatzung für den Stadtgottesacker
der Stadt Halle (Saale)
Vorlage Nr. 99/I-51/1375

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, erläuterte die Vorlage.
Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1375 - Friedhofssatzung für den
Stadtgottesacker der Stadt

Halle (Saale)

1. Der Stadtrat beschließt die beiliegende Friedhofssatzung für den Stadtgottesacker der Stadt Halle (Saale).
 2. Die Satzung ist ortsüblich bekanntzumachen.
-

Zu TOP 06 - Beschlussvorlage - Prüfung unterlassener
Anmeldungen von

Hunden

Vorlage Nr. 99/I-51/1376

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, seine Fraktion habe mit dieser Vorlage Schwierigkeiten; ihrer Meinung nach sei hier kein Konzept vorgelegt worden, nach dem eine Überprüfung des Haltens von Hunden, die nicht angemeldet seien, stattfinden könne. Man befürchte, wenn das nicht vorher ordentlich geregelt sei, es zu erheblicher Unruhe unter Umständen in der Bevölkerung führen könne. Seine Fraktion schlage deshalb vor, die Vorlage in den Innenausschuss zu verweisen.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, meinte, die Verwaltung könne sich diesen Bedenken nicht anschließen. Es sei daran gedacht, mit moderaten Mitteln

vorzugehen. Die Vorlage beinhalte ein tolerantes Programm, mit dem ohnehin schon bestehenden städtischen Ordnungsdienst in den entsprechenden Siedlungsgebieten das Augenmerk auch darauf zu richten, ob die Hunde entsprechend besteuert seien. Es sei seinerzeit bei der Diskussion zur Erhöhung der Hundesteuer geäußert worden, dass es eine ganz erhebliche Anzahl von Hundehaltern in der Stadt gebe, die ihre Hunde nicht angemeldet haben. Diesem Umstand sei im einzelnen nachzugehen. In anderen Städten sei mit privaten Firmen gearbeitet worden. Die Stadtverwaltung Halle wolle sich auf die eigenen Kräfte besinnen und wolle keineswegs so direkt vorgehen, wie es andere Städte mit diesen privaten Firmen gemacht hätten.

Herr **Prof. Schuh** sprach die Rechtslage an. Zunächst sei es sicher so, das jemand, der seinen Hund nicht angemeldet habe, eine Ordnungswidrigkeit begehe und Steuern hinterziehe. Dann sei bei der Stadtverwaltung die Notwendigkeit gegeben, Steuerverstößen nachzugehen, d.h. hier bestehe schon eine generelle Pflicht der Verwaltung bei Verdacht zu prüfen und bei Wissen die Hundesteuer einzufordern. Hier solle jetzt etwas als Konzept beschlossen werden, das seiner Meinung nach ungereimt sei, das immer schon die Pflicht des Steueramtes sei.

Herr **Koch** entgegnete, dass das Steueramt keinen Außendienst habe. Aus diesem Grund und nachdem man die Privatfirma aus Kostengründen nicht haben nehmen können, habe man sich, den Anregungen des Stadtrates folgend, auf die eigenen Kräfte besonnen.

Herr **Dr. Brockmann** verwies auf den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Prof. Schuh auf Verweisung der Vorlage in den Innenausschuss. Ein entsprechender Antrag sei jedoch bereits im Stadtrat behandelt worden, deshalb greife nicht mehr das originäre Recht, ihn zu verweisen. Er stelle deshalb diesen Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung, um ihm eventuell eine Mehrheit zu bescheiden.

Herr **Doege**, CDU, sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Der Innenausschuss sei in dieser Frage nicht zuständig.

Herr **Müller**, PDS, erklärte, er könne diesen Geschäftsordnungsantrag nicht entdecken.

Herr Prof. Schuh habe gesagt, dass er vorschlage, diese Vorlage zu verweisen.

Herr Prof. Schuh bat um Verständnis dafür, dass er sich nicht präzise ausgedrückt habe. Es sollte ein Antrag auf Verweisung in den Innenausschuss sein.

Zum Geschäftsordnungsantrag gab es keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag
Verweisung in den Innenausschuss:**
18 Ja-Stimmen

bei

24 Nein-Stimmen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärte, seine Fraktion habe keine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Vorlage. Persönlich halte er aber den Probezeitraum von 14 Tagen für zu kurz, es sollten ca. 2-3 Monate sein.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD, fragte, ob der Inhalt der Vorlage überhaupt praktikabel und umsetzbar sei. Auf die genannten vier Kräfte des Ordnungsamtes eingehend, stelle sich die Frage, ob dort ein Personalüberhang sei. Er denke, dass Ordnungsamt habe doch reichlich zu tun. Blieben möglicherweise dort Aufgaben liegen, um etwas anderes durchzuführen?

Herr **Koch** entgegnete, es sei eine begleitende, praktisch ohnehin schon jetzt durch den Ordnungsdienst zu versehene Tätigkeit gefragt und keineswegs eine direkte, die die Arbeitskraft des bisherigen Ordnungsdienstes überstark in Anspruch nehmen würde.

Herr **Kley**, F.D.P., äußerte, seine Fraktion sei grundsätzlich gegen die Vorlage, weil sie ein Problem in der gesamten Steuererfassung aufzeige. Es sei so, dass die Hundesteuer in ihrem Aufkommen gerade so die Notwendigkeit der Personalvorhaltung und der Maschinen decke, d.h. diese Bagatellsteuer sei eigentlich an sich nicht sinnvoll erhoben, weil sie nicht das in die Stadtkassen hineinbringe, was man eigentlich erwarte, nämlich die Folgen der Hundehaltung für die Allgemeinheit zu beseitigen. Und nun solle noch ein Extradienst losgeschickt werden, der sich damit beschäftigen soll, Einnahmen zu nehmen. Hier müsste einmal nachgedacht werden, ob die Hundesteuer eigentlich noch zeitgemäß sei. Was der Bürger fordere, sei nicht, dass die Hundesteuer von jedem Hundehalter eingenommen werde, sondern dass eingehalten werde, dass die Hunde mit einem Maulkorb in der Straßenbahn sitzen, dass die Bürger nicht belästigt werden und dass die Exkremente endlich von den Bürgersteigen kommen. Das sei jedoch Aufgabe des Ordnungsamtes.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, meinte, er könne im Vorlagentext nicht erkennen, was man beschließen solle. Er könne das genannte Konzept nicht finden. Er bat um Antwort zur personellen Situation im Ordnungsamt. Soweit ihm bekannt sei, sei der Ordnungsdienst der Stadt u.a. für die Straßenreinigung zuständig. Er sehe an vielen Stellen der Stadt, dass der Ordnungsdienst offensichtlich dieser Aufgabe nicht mit hinreichendem Erfolg nachkomme. Er frage deshalb, wie viele Mitarbeiter es dort gebe und welche Kapazität könne man dort frei machen, um diesen Hunden hinterherzugehen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, die Verwaltung ziehe die Vorlage zurück und werde das nach dem vorgeschlagenen Verfahren allein regeln.

Die Verwaltung zog die Vorlage zurück.

**Zu TOP 07 - Beschlussvorlage - Gesellschafterbeschluss
für die**

Zoologische Garten Halle GmbH
Vorlage Nr. 99/I-51/1377

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. 99/I-51/1377 - Gesellschafterbeschluss für die
Zoologische Garten**
Halle GmbH

Der Stadtrat beschließt:

1. den von dem Geschäftsführer der Zoologische
Garten Halle GmbH vorgeleg-
 ten, von der Niethammer, Posewang & Partner
GmbH Wirtschaftsprüfungs-
 gesellschaft-Steuerberatungsgesellschaft
geprüften und am 08.05.1998 mit dem
 uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
versehenen Jahresabschluss des
 Geschäftsjahres 1997 festzustellen

 Der Jahresfehlbetrag beträgt DM
7.208.761,04

 Die Bilanzsumme beträgt DM
30.434.192,40

2. und den Jahresfehlbetrag in Höhe von DM
7.208.761,04 durch Entnahme
 aus der Kapitalrücklage auszugleichen,

3. dem Geschäftsführer für das Jahr 1997
Entlastung zu erteilen,

4. dem Beirat für das Geschäftsjahr 1997
Entlastung zu erteilen.

Zu TOP 08 - Beschlussvorlage - Abwägungsbeschluss über die zum

Entwurf 1. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 32.1. Halle,
HEIDE-SÜD vorgebrachten
Anregungen

Vorlage Nr. 99/I-51/1349

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1349 - Abwägungsbeschluss über die zum
Entwurf 1. Änderung des
32.1. Halle, HEIDE-SÜD vorge-
Bebauungsplanes Nr.
brachten Anregungen

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die vorgebrachten Anregungen zum Entwurf 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.1 Halle, HEIDE-SÜD wird zugestimmt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Entscheidungen des Stadtrates den Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern, die Anregungen vorge- tragen haben, unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

Zu TOP 09 - Beschlussvorlage - Beschluss über die
Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32.1
Halle, HEIDE-SÜD
Vorlage Nr. 99/I-51/1353

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: bei 37 Ja-Stimmen 2 Nein-
Stimmen
Enthaltungen 5
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1353 - Beschluss über die Satzung zur 1.
Änderung des Bebauungs- planes Nr. 32.1
Halle, HEIDE-SÜD

Halle HEIDE-SÜD Dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 32.1
1. Änderung wird zugestimmt.

**Zu TOP 10 - Beschlussvorlage - Ausbau Blumenauweg 3.
BA (Abschnitt
zwischen Heidering und
Waldstraße)**

Vorlage Nr. 99/I-51/1294

Herr **Doege**, CDU, ging auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ein. Er frage sich, wie man eine Bürgerinformation durchführen wolle, wenn die Straßenausbausetzung noch nicht vorliege, mit welcher Sicherheit für die Bürger dann eine solche Information verbunden sei.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, die Vorlage sei erarbeitet worden, als eine Novellierung des KEG noch nicht gestartet worden war. Er schlage vor, die Ziffer 2 durch einen anderen Text zu ersetzen. Es sollte nur ein Vorbehalt gemacht werden für den Fall, dass das KEG nicht so geändert werden sollte, wie die Verwaltung es jetzt annehme. Wenn das KEG jedoch so geändert werde, dann sei der Blumenauweg kein Fall für das KEG, deshalb sei es hier eigentlich obsolet; man könnte die Ziffer 2 streichen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, meinte, da der Beschluss im Landtag gefasst sei, dürfte Teil 2 der Ziffer 2 entfallen. Der erste Teil der Ziffer 2 sollte jedoch bestehen bleiben.

Herr **Doege** bat um eindeutige Klärung der Formulierung.

Herr **Dr. Busmann** erläuterte, wenn vor der Entscheidung zu einem Projekt eine Satzung vorliege, seien Beiträge zu erheben. Wenn der Stadtrat diese Vorlage beschließe, führe man eine Bürgerversammlung durch und werde dann unter Berücksichtigung der Anregungen und Bedenken der Bürger im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheit noch einmal diskutieren und dann falle die Entscheidung zu diesem Projekt. Er gehe davon aus, dass die Satzung der Stadt Halle zum Straßenausbau nicht vor der Entscheidung zum Ausbau des Blumenauweges verabschiedet werde. Damit könne man so formulieren: Ziffer 1 des Beschlussvorschlages bleibe. In Ziffer 2 ist der zweite Satz zu streichen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, meinte, die Ziffern 3 und 4 könne man nach dieser Darstellung nicht beschließen. Für seine Begriffe blieben nur Ziffer 1 sowie der erste Satz von Ziffer 2 zu beschließen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1294 - Ausbau Blumenauweg 3. BA (Abschnitt
zwischen Heidering
und Waldstraße)

-
1. Dem in der Anlage enthaltenen
Straßenausbaukonzept für den Bereich des
Blumenauweges zwischen Heidering und
Waldstraße wird im Grundsatz
zugestimmt.
 2. Auf der Grundlage dieses
Straßenausbaukonzeptes ist die Bürgerinformation
durchzuführen.
-

Zu TOP 11 - Beschlussvorlage - Bildung des Vereins zur Förderung eines

für die Region Halle e.V.

Halle zum Verein

**Regionalen Informationsverbundes
(R.I.V) und Beitritt der Stadt**

Vorlage Nr. 99/I-51/1357

Herr **Lorenz**, SPD, äußerte, es handle sich zwar um keinen großen Betrag, aber die Stadt sei schon sehr vielen Vereinen beigetreten. Für ihn sei es eine Frage, ob es sich nicht z.B. beiße mit den Intentionen der Stadt bei der Bildung der regionalen Entwicklungsagentur Halle/Leipzig, wo die Idee bestanden habe, dass die Kreise langsam dazu kommen sollten. Jetzt trete aber Halle einem Informationsverbund bei, der zumindest in dem Teil, was Informationen für Unternehmen angehe, die gleichen Aufgaben habe.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, erläuterte, es gehe darum, eine regionale Plattform zu finden, um von dieser die Verknüpfung zu den einzelnen örtlichen Anschlüssen zu finden.

Herr **Dölle**, CDU, wunderte sich, er sei der Meinung gewesen, dass im Verkehrsverbund diese Fragen mit enthalten seien. Er sei der Auffassung, dass die Stadt zu so vielen Vereinen, Bewegungen beitrete, dass man langsam in den Geruch komme, etwas „vereinsmeirig“ zu sein.

Herr **Walter** erwiderte, man könne sich nicht als Oberzentrum Stadt Halle ausklinken aus einer Initiative, die die gesamten Kreise um uns herum machten. Dann wäre man außen vor und könne nicht mitbestimmen. Es stimme, das ganze Thema sei im regionalen Entwicklungs-konzept vorhanden und sei da beschlossen worden. Hier gehe es um die Umsetzung einer gemeinsamen Planung.

Herr **Dr. Köck**, PDS, meinte, die Diskussion zeige, dass in den zuständigen Ausschüssen darüber nie beraten worden sei, im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften z.B. Er würde die Vorlage erst einmal in diesen Ausschuss verweisen.

Abstimmung zum Antrag Dr. Köck auf
Verweisung in den Fachausschuss:
a b g e l e h n t

mehrheitlich

Abstimmung zur Vorlage:
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1357 - Bildung des Vereins zur Förderung
eines Regionalen

für die Region Halle e.V. (R.I.V) und
Halle zum Verein

Informationsverbundes
Beitritt der Stadt

Der Stadtrat stimmt auf der Grundlage des
Beschlusses (Nr. 97/I-36/787 -
Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle zum
Regionalen Entwicklungskonzept
der Region Halle, REK) der Bildung des Vereins zur
Förderung eines Regionalen
Informationsverbundes für die Region Halle e.V. und
dem Beitritt der Stadt Halle
zum Verein zu.
Gemäß Beitragsordnung des Vereins zur Förderung
eines Regionalen Informations-
verbundes stimmt der Stadtrat zu, dass sich die
Stadt Halle lt. § 1 Nr. 3c
der Beitragsordnung des Vereins zur Förderung des
R.I.V mit einer Beitragshöhe
für öffentliche Einrichtungen in Höhe von 500,-
DM/jährlich beteiligt.

Zu TOP 12 - Beschlussvorlage - Industriegebiet Halle-Ost/A 14

1. Beschluss zur Aufstellung
eines Bebauungsplanes Nr. 95
2. Beschluss zur Offenlegung des
Entwurfes zum

Bebauungsplan Nr. 95.1
Vorlage Nr. 99/I-51/1350

Herr **Lorenz**, SPD, ging auf Bedenken ein, die im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, geäußert worden seien. Zum einen sei das die Frage der Kosten pro Quadratmeter von 58,80 DM. Sei das wettbewerbsfähig in Bezug auf Industrie-
flächen hier in der Region? Sei es notwendig, in einem Industriegebiet 33,76 % der Flächen für Grünflächen vorzusehen, mit der Reidebachau zusammen mehr als 50 % der Fläche.
Das sei seiner Meinung nach von der ökonomischen Seite her nicht mehr rechenbar. Dazu hätte er gern Antworten.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erläuterte, die Verwaltung sei gebeten worden, zukünftig in den Bebauungsplänen mehr für Kostentransparenz zu sorgen.
Das habe die Verwaltung getan und habe mit wahren, zur Zeit erkennbaren Kosten gerechnet und sei zu diesen Preisen gekommen, die möglicherweise nicht vermarktbar seien.
Damit sei nicht gesagt, dass die Stadt dann zu diesen Preisen verkaufen wolle oder könne.
Zum Anteil an Grünflächen, der kritisiert werde: Der Anteil sei etwas reduziert worden.
Auch müsse man bedenken, dass ein Teil der nicht bebaubaren Flächen das Resultat der ganzen Bodenordnung sei, die durchgeführt worden sei. Man habe Flächen kaufen müssen, von denen man bereits damals annehmen musste, dass sie sich für eine Bebauung nicht eignen.
Nach der gängigen Rechtsauffassung sei die Stadt gehalten, für einen 100%igen Ausgleich zu sorgen für Eingriffe qua Baumaßnahmen.

Zu TOP 13 - Beschlussvorlage - Bildung eines Ausländerbeirates

Vorlage Nr. 99/I-51/1324

Herr **Müller**, PDS, stellte den **Sachantrag**, den Beschlussvorschlag um zwei Punkte zu erweitern (*siehe Punkte 5 und 6 des Beschlusstextes*).

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, solange der Stadtrat diese Satzung und diese Wahlordnung nicht beschließe, sondern lediglich zur Kenntnis nehme, könne man dies der Vorlage hinzufügen, ohne dass damit gegen die Gemeindeordnung verstoßen werde.

Frau **Tannenberg**, PDS, bat darum, dass nach Beschlussfassung bei der praktischen Arbeit, bei der Einladung der ausländischen Vereine auch die Arbeitsgruppe eingeladen werde, die Satzung und Wahlordnung erarbeitet habe.

Herr **Dr. Brockmann** verlas die zwei vorgeschlagenen Punkte, die neu in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden sollen.

**Abstimmung zur Ergänzung der Vorlage
durch die Beschlusspunkte 5 und 6:
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Vorlage insgesamt:
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** stellte klar, diese Satzung, die zur Kenntnis genommen worden sei, sei unter ganz bestimmten Voraussetzungen für die Bildung eines ganz bestimmten Ausländerbeirates in einer ganz bestimmten Form entwickelt worden. Das heiße, diese Satzung könne nicht beliebig auf jede Form eines Ausländerbeirates übertragen werden.

Beschluss Nr. 99/I-51/1324 - Bildung eines Ausländerbeirates

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.1991 mit der Nummer 91/I-S4/438 wird wie folgt umgesetzt:
2. Den in der Stadt Halle im Bereich Betreuung, Integration ausländischer Mitbürger tätigen Vereinen und Verbänden einschließlich Vereinigungen von Ausländern wird empfohlen, in eigener Zuständigkeit zunächst geeignete Personen zur Bildung eines vorläufigen Ausländerbeirates zu benennen.
Der so berufene Ausländerbeirat sollte neben der allgemeinen Vertretung ausländerrechtlicher Belange in eigener Zuständigkeit das Verfahren erarbeiten, nach dem zukünftig der Ausländerbeirat in der Stadt Halle unter Beteiligung der Ausländer selbst gebildet werden soll.
3. Der Stadtrat sichert sowohl dem vorläufigen wie auch späteren Auslnderbeirten unter Berücksichtigung der von der Kommunalverfassung gesetzten Grenzen seine Dialogbereitschaft zu und beauftragt die Verwaltung, den Ausländerbeirat in seiner Tätigkeit zu unterstützen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausländerbeirat bei allen wichtigen

Themen, die Ausländerbelange berühren, unter Beachtung rechtlicher Grenzen zu informieren und seine Meinung vor der Entscheidungsfindung einzuholen.

5. Der Stadtrat nimmt den Entwurf einer Wahlordnung und den Entwurf einer Satzung zum Ausländerbeirat zur Kenntnis (Anlage 1 und 2).

6. Der vorläufige Ausländerbeirat, welcher nach der Beschlussvorlage gebildet wird, erhält beides als Arbeitsmaterial (Anlage 1 und 2).

Zu TOP 14 - Beschlussvorlage - Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 1996/97

neues theater/schauspiel halle
Vorlage Nr. 99/I-51/1378

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, seine Fraktion habe sich, unabhängig davon, dass in den zuständigen Fachausschüssen das Thema behandelt und entschieden worden sei, in einigen Punkten noch nicht hinreichend aufgeklärt gefühlt. Deshalb habe sie sich eine eigene Prüfung von bestimmten Vorgängen und Abläufen, die noch nicht abgeschlossen sei, vorbehalten.

Unabhängig vom heutigen Abstimmungsergebnis erkläre er für seine Fraktion, dass sie sich möglicherweise einen Einspruch zu einem späteren Zeitpunkt vorbehalte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1378 - Jahresabschluss Wirtschaftsjahr
1996/97

neues

theater/schauspiel halle

Der Stadtrat beschließt den Bericht über die
Prüfung der vorgelegten
Jahresabschlussunterlagen des Wirtschaftsjahres
1996/97 im Eigenbetrieb
„neues theater/schauspiel halle“ und entlastet die
Theaterleitung für das
Wirtschaftsjahr 1996/97.
Der Jahresüberschuss in Höhe von 122.773,22 DM wird
beim Eigenbetrieb als
allgemeine Rücklage belassen.

Zu TOP 15 - Beschlussvorlage - Aufhebung zweier
Festlegungen des

Stadtratsbeschlusses
„Strukturierung und Effektivierung des
Bibliotheksnetzes in Halle“ vom
17.09.1997

Vorlage Nr. 99/I-51/1379

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, wies
darauf hin, dass der Haupt-ausschuss beschlossen habe, in Punkt 1
des Beschlussvorschlages eine Änderung vorzunehmen.

Herr **Prof. Kiel**, PDS, ging auf die gründliche Diskussion dieser
Vorlage im Bildungs- und Kulturausschuss ein, die zwei positive
Nebeneffekte gehabt habe. Zum einen sei erreicht worden, dass im
Büchertreff Heide-Nord besucherfreundlichere Öffnungszeiten
eingerrichtet worden und zum anderen habe der Ausschuss einen Antrag
formuliert, der heute auf der
Tagesordnung stehe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/1379 - Aufhebung zweier Festlegungen des
Stadtratsbeschlusses

Effektivierung des Bibliotheksnetzes in

„Strukturierung und
Halle“ vom

17.09.1997

Der Stadtrat beschließt die Teilaufhebung des
Stadtratsbeschluss vom
17.09.1997 bzgl. der Erweiterung der Öffnungszeiten
für die Kinderbibliothek

Hallmarkt und den Büchertreff Heide-Nord.
Danach werden die damals vorgeschlagenen
Öffnungszeiten-Erweiterungen

zurückgenommen:

1. Kinderbibliothek Hallmarkt hat nur von 10.00
bis 18.00 Uhr (Vorschlag

war 10.00 bis 19.00 Uhr) geöffnet.
Der Büchertreff Heide-Nord erweitert seine
Öffnungszeiten nicht um
13 Stunden.

2. Eine Entlastung in den Belastungsspitzen der
Hauptbibliothek Hallmarkt
(zwischen 10.00 bis 11.00 Uhr und 16.00 bis
19.00 Uhr) kann nicht erfolgen.

Der Stadtrat legte eine P a u s e ein.
Zu TOP 16 - Wiedervorlage von Anträgen

Zu Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und
Neues Forum -

**Mitgliedschaft der Stadt Halle
(Saale) im European Cities on
Drug Policy**

Vorlage Nr. 98/I-47/A-495

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, eben sei in einem anderen Zusammenhang darüber nachgedacht worden, ob es sinnvoll sei, dass die Stadt in allen gängigen Vereini-gungen Mitglied sei. Halle sei bereits dem Projekt „Gesunde Städte“ beigetreten, das eine sehr umfassende Zielsetzung habe. Er denke, man könne sich ersparen, auch noch in diesem Verein tätig zu sein.

Herr **Veith**, Bündnis 90/Die Grünen, erklärte, seine Fraktion halte es für notwendig, diese Mitgliedschaft zu beantragen. Gerade die zur Zeit in Halle herrschende Situation im Bereich Drogen und die Anstrengungen der Stadtverwaltung in der Drogenprävention seien zwingender Grund dafür, Hilfe durch eine solche Vereinigung zu erhalten.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein, die den Antrag befürworte. Er fragte den Oberbürgermeister, ob neue Erkenntnisse gewonnen worden seien.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** entgegnete, er habe die Stellungnahme der Verwaltung nicht unterschrieben. Er habe seine abweichende Meinung verdeutlicht.

Frau **Wolf**, F.D.P., sprach von der umfassenden Diskussion in den Fachausschüssen.
Es gehe um einen Erfahrungsaustausch.

Herr **Veith** äußerte sein Befremden darüber, dass die Stadtverwaltung den Antrag in ihrer Stellungnahmen befürwortet habe und der Oberbürgermeister eine Ablehnung äußere.
Der Oberbürgermeister sollte seine Meinung in ähnlich detaillierter Form begründen oder die Stellungnahme der Verwaltung zurückziehen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, Frau Szabados habe in seiner Vertretung für die Stadt den Antrag befürwortet. Er persönlich tue das nicht. Da er auch Mitglied des Stadtrates sei, habe er hier seine abweichende Stellungnahme zu diesem Punkt zum Ausdruck gebracht.

Herr **Dölle**, CDU, erklärte, er persönlich könne dem Beitrittsersuchen nicht zustimmen; er sei der Meinung, dass man ohne die Mitgliedschaft fast zu den gleichen Ergebnissen kommen könne.
Er bat die Verwaltung, eine Aufstellung zu veranlassen, die aussage, in welchen Gremien, Vereinen die Stadt inzwischen Mitglied sei, auch sollte der Mitgliedsbeitrag aufgeführt werden. Dann wolle er sehen, welcher Nutzen aus den vielen Mitgliedschaften in den Vereinen für die Stadt herauskomme.

Frau **Haupt**, SPD, wies darauf hin, dass dieser Antrag zweimal in den entsprechenden Fach-ausschüssen behandelt worden sei und dort positiv beschieden worden sei. Die Diskussion sollte nicht noch einmal wiederholt werden.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, meinte, es gehe nicht nur darum, sich an den Erfahrungen der anderen für die eigenen Modelle zu orientieren; inzwischen gehe es auch schon darum, dass man Erfahrungen, die in Halle gemacht worden seien, an andere weitergeben könne.
Gerade hier in der Stadt habe man Erfahrungen mit Jugendlichen gemacht, die viel jünger seien, als das Durchschnittsklientel in westdeutschen Städten. Er wisse, dass an diesen Erfahrungen Interesse bestehe. Es sei ein Geben und Nehmen, man sollte sich diesem Prozess nicht verschließen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/A-495 - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und

Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im
Drug Policy

Neues Forum -
European Cities on

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die
Mitgliedschaft der
Stadt Halle (Saale) im European Cities on Drug
Policy zu beantragen.

Zu TOP 18 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Teilrückerstattung von
Parkgebühren für**

Käufer in der Innenstadt

Vorlage Nr. 99/I-51/A-542

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** wies darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend missverständlich sei, dass die Verwaltung nicht dafür sei, dass sich die Stadt an einer Rückerstattung der Parkgebühr beteiligt. Es sollte ein Konzept entwickelt werden, dass aber mehr als nur die Frage der Erstattung der Parkgebühren enthalten müsse.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, meinte, die Stadtverwaltung sollte sich die Stellungnahmen generell sparen. Eben habe der Oberbürgermeister gegen die eigene Stellungnahme aus der Stadtverwaltung, auch wenn er in der Entstehungszeit nicht anwesend gewesen sei, gesprochen; jetzt korrigiere er die Stellungnahme. Wie solle man im Stadtrat arbeiten, wenn jedesmal nachgefragt werden müsse, ob die Stellungnahme auch gelte? Das sei sehr bedenklich. Hintergrund des Antrages sei es, ein Signal zu setzen und bereit zu sein, Maßnahmen, die zur Belebung der Innenstadt dienten, mit zu finanzieren.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, das Thema sei wichtig, diskutiert und ausgelotet zu werden. Er beantragte namens der Fraktion, den Antrag in den Ausschuss für Wirtschafts-

förderung, Beschäftigung und Liegenschaften zu verweisen.

(Per Zuruf wurden noch der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und der Unterausschuss Finanzen genannt.)

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, in den
- Unterausschuss Finanzen und in den
- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

v e r w i e s e n .

**Zu Antrag des Stadtrates Joachim Geuther, CDU,
betreffend die Kamera-
überwachung von
Kriminalitätsschwerpunkten**

Vorlage Nr. 99/I-51/A-543

Herr **Geuther**, CDU, begründete den Antrag. Auch hier sollten die Fachausschüsse damit befasst werden, aber in folgender Weise: Die Stadtverwaltung sollte eine beschlussfähige Vorlage für ein Pilotprojekt vorlegen, das im Innenausschuss und im Unterausschuss Finanzen beraten werden sollte. Die Polizei sowie die Wohnungsgesellschaften würden sein Anliegen unterstützen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, die Verwaltung habe in dieser Frage bereits mit dem Innenminister Kontakt. Es bestehe weitgehend Übereinstimmung darüber, dass so etwas praktiziert werden solle. Kontakt bestehe inzwischen auch unmittelbar mit dem Polizei-präsidenten und seinen Mitarbeitern, und es werde über konkrete Möglichkeiten nachgedacht. In absehbarer Zeit wolle man dem Stadtrat dazu Vorschläge unterbreiten, aber die rechtlichen und tatsächlichen Prüfungen, die dazu nötig seien, erforderten noch eine gewisse Zeit.

Herr **Heft**, PDS, äußerte, er könne dem Antrag nicht zustimmen. Einem Betroffenen nutze das Beobachten durch eine Kamera nichts, denn eine Hilfe sei im Moment des Betroffenseins nicht zur Stelle.

Den letzten Absatz der Stellungnahme der Verwaltung finde er unpassend.

Herr **Geuther** beantragte die Verweisung des Antrages in die zuständigen Ausschüsse.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, er möchte nicht, dass irgendwo anonym feststellbar sei und dokumentiert werden könne, wo sich eine Person aufgehalten habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den

- Innenausschuss und in den
- Unterausschuss Finanzen v e r w i e s e n.

Zu Antrag der Fraktion Neues Forum zur Verwaltungsreform in Halle

Vorlage Nr. 99/I-51/A-544

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, die Verwaltung werde im April im Ausschuss, der dafür gebildet worden sei, eine entsprechende Information geben.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, erinnerte, dass seine Fraktion von Anfang an die Meinung vertreten habe, dass diese Verwaltungsreform nicht allein in diesem Ausschuss beraten werden sollte, sondern dass die Fachausschüsse auch Gelegenheit haben sollten, darüber etwas zu wissen. Der Stadtrat insgesamt sollte über das, was bisher getan worden sei, was gerade auf den Weg gebracht worden sei und das offensichtlich auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung sehr beschäftige, zusammenfassend informiert werden. Er erwarte einen Zwischenbericht über das, was bisher in der Stadtverwaltung dazu passiert sei.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, er habe eben nicht gesagt, dass ausschließlich in diesem Ausschuss berichtet werden soll. Er habe keine Bedenken, das Ergebnis dieser

Information auch allen Mitgliedern des Stadtrates zur Verfügung zu stellen und, wenn es gewünscht werde, auch hier im Rat und wo sonst auch immer darüber zu diskutieren.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. 99/I-51/A-544 - Antrag der Fraktion Neues Forum zur
Verwaltungsreform in**

Halle

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1. über den Stand der Vorbereitung für das
Projekt „Verwaltungsreform
in Halle“ zu berichten und**
 - 2. eine Beschlussvorlage für den Stadtrat über
Ziele, Zeitplan und Kosten
der Verwaltungsreform vorzubereiten.**
-

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Änderung der
Straßensondernutzungs-
satzung**

Vorlage Nr. 99/I-51/A-545

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, Hintergrund des Antrag sei es, für alle Parteien und letztendlich auch für die Verwaltung einen formalen Akt zu vereinfachen und Arbeit zu sparen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, bat, diesen Antrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion zu Park&Ride

Vorlage Nr. 99/I-51/A-546

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, seit Jahren diskutiere man im Stadtrat, wie es gelingen könne, diese wünschenswerte Entwicklung zu initiieren: weniger Fahrzeuge in die Stadt zu bekommen, der HAVAG mehr Fahrgäste zu verschaffen und ein attraktiveres Beispiel für eine sinnvolle Verkehrslösung zu schaffen. Wenn seine Fraktion jetzt noch einmal versucht habe, Herrn Dr. Busmann darauf hinzuweisen, dass es notwendig wäre, an bestimmten Stellen der Stadt zu schauen, ob man nicht mit dem Nachbaranrainerkreis Lösungen finden könnte, so sei man sich darüber im klaren, dass es nicht darum gehe, am morgigen Tag dort einen Park&Ride-Parkplatz einzurichten. Ein gleichlautender Antrag sei von seiner Partei im Kreistag des Saalkreises eingebracht worden. Man hoffe, hier ein Miteinander zu fördern, das letztendlich zum Vorteil von beiden Körperschaften führen könnte. Von vornherein zu sagen, man sei nicht bereit, darüber nachzudenken, an dieser Stelle Entwicklungen für die Perspektive aufzuzeigen, das mache ihn bei dieser Antwort traurig.

Herr **Heft**, PDS, erklärte, Herr Dr. Busmann beschreibe in seiner Stellungnahme genau den Zustand des unzureichenden Angebots im Nahverkehr, um wirklich attraktive Park&Ride-Beziehungen vom Nahverkehr auf den MIV oder vom MIV auf den Nahverkehr an den Stadtgrenzen zu schaffen. Um nur ein Beispiel zu

nennen: Ab Ammendorf habe man innerhalb der Stadtgrenzen ein ausreichend attraktives Angebot im Nahverkehr, denn die Linien 4 und 5 verkehrten noch aller 10 Minuten. Er denke, in diesem Bereich ließen sich, wenn man möchte und das politisch durchsetzbar sei, entsprechende Flächen ausweisen, um hier ein Signal zu setzen und dem Antrag der F.D.P.-Fraktion folgen zu können und auch dem zu folgen, was seine Partei politisch seit Jahren vertrete.

Er beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in den Innenausschuss und in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, in der Stellungnahme komme nicht seine Meinung, sondern die der Verwaltung zum Ausdruck. Er sei mit der Park&Ride-Situation überhaupt nicht zufrieden. Wenn es in Ammendorf eine Fläche geben sollte, die man dafür nutzen könnte, dann werde die Verwaltung es sofort tun.

Er bat, den Zusammenhang zum Investitions- und Finanzierungsplan zu sehen, den die Verwaltung in kürze dem Stadtrat vorlegen werde. Darin seien die Park&Ride-Anlagen enthalten und deren Kosten. Dabei werde man sich damit auseinandersetzen haben, dass die Stadt erhebliche Zuschüsse jährlich weiterhin an die HAVAG zu zahlen habe und dass man diese

Investition nicht allein tragen könne, auch nicht für Park&Ride. Dies sei aber im Moment nicht das Hauptproblem. Es bleibe leider unverändert die Wirklichkeit, dass man in dieser engen Stadt an der Stelle, wo es nötig sei, nicht die richtigen Flächen habe.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, merkte an, dass diese Verweisungen in die Ausschüsse bei Prüfaufträgen nicht erforderlich seien. Als Vorsitzender des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten werde er nur darüber verhandeln lassen, ob geprüft werden solle oder nicht. Er habe schon 12 derartiger Anträge zur Behandlung liegen.

Man sollte überlegen, gemeinsam auch mit den anderen Fraktionen, dass man diese Anträge nicht mehr so „pflaumenweich“ mache. Es hätte formuliert werden müsse, die Stadtverwaltung möge ein Konzept erarbeiten usw., denn diese Prüfaufträge führten auch dazu, dass man häufig ins Leere laufe.

Herr **Geuther**, CDU, regte an, Herr Dr. Busmann möge zur Kenntnis geben, inwieweit die vorhandenen Park&Ride-Plätze ausgenutzt würden.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** betonte, weder die Verwaltung noch er persönlich seien gegen Park&Ride. Man werde Anstrengungen unternehmen, um dieses Thema auch ein Stück in der Wirklichkeit zu fördern. Er stimme allen zu, die sagten, es sei bis jetzt zu wenig gewesen, aber man stoße auf sehr harte Realitäten.

Das, was Herr Dr. Busmann hier vorgelegt habe, sei die realistische Antwort. Es habe keinen Zweck, das man Hoffnungen wecke. Selbstverständlich sei man auch nach wie vor bereit, mit jedem darüber nachzudenken, wo man sinnvoll so etwas machen könne.

Er bat, daran zu denken, dass die Nachbargemeinden kein Interesse daran haben können, im Hinblick auf die dort befindlichen Einkaufszentren, den Verkehr in Richtung Halle zu erleichtern.

Herr **Kupke**, CDU, meinte, dass die Leute mit dem Auto dorthin fahren würden, wo sie dann einen Kurzstreckenfahrtschein lösen könnten, um in die Stadt zu kommen. Das sollte bedacht werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den

- Innenausschuss und in den
- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten **v e r w i e**
s e n.

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Erhalt der
Fußgängerbrücke an der**

Magistrale/Schwimmhalle

Vorlage Nr. 99/I-51/A-547

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., führte aus, die Diskussion in Richtung Abriss oder Erhalt der Fußgängerbrücke habe eine überproportionale Resonanz erhalten.

Wenn zu einem noch nicht so lange zurückliegenden Zeitpunkt viel Geld in die Sanierung eines Bauwerkes gesteckt worden sei und nun sich aufgrund von durchaus sich dynamisch vollziehenden Entwicklungstendenzen eine andere Situation darstelle, dann erwarte er,

dass auch darüber nachgedacht werde, wie man sich auf die neue Situation flexibel einstellen

können und auch darüber nachgedacht werde, dass das Geld, was dort investiert worden sei, auch vertretbar - aus Sicht derjenigen, die es zur Verfügung gestellt haben über ihre Steuer-

mittel - erhalten werden könne.
Es sei zu kurz gedacht, nur Gründe dafür zu suchen, warum es nicht gehe.

Ein weiteres wichtiges Argument, neben dieser finanziellen Angelegenheit sei das, dass man gerade und speziell an diesem

Standort eine spezifische Situation habe. Diese Brücke sei nun einmal ein Hauptzugang zur Schwimmhalle. Der einzig relevante Punkt der gegen den Erhalt der Brücke im Augenblick spreche, sei nicht die Durchfahrbarkeit durch die Straßenbahn an sich, sondern die zur Zeit geplante Einbindung des Busses zu dem Umsteigepunkt zur Straßenbahn. Wenn man an dieser Stelle der Meinung sei, dass man aus diesem Grund eine kürzlich für viele hunderttausend Mark sanierte Einrichtung opfern müsse und einen sicheren Zugang, speziell für die Kinder, dann sei ein Festhalten an einer solchen Argumentation ignorante Sturheit. Es sollte abgeklärt werden, was es möglicherweise an Zeitverzug koste, was an finanziellem Aufwand, um die Planung etwas zu ändern und was man letztendlich erreichen könne.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erwiderte, wenn der Stadtrat manchmal den Eindruck habe, dass die Verwaltung stur sei und einfach ablehne, dann könne das ja prinzipiell auch an der Fragestellung liegen. Wenn Fragen gestellt würden, die der Verwaltung gar keine andere Wahl ließen als abzulehnen - und wenn man das zum zweitenmal jetzt ausführlich darlege -, dann komme ihm die Argumentation von Herrn Küpperbusch doch etwas überzogen vor. Er rede hier für den Steuerkreis, der durch drei Dezernenten und den Vorstand der HAVAG das Straßenbahnprojekt Halle-Neustadt - Hauptbahnhof begleite. Sie alle seien nach intensiver Diskussion zu dem Schluss gekommen, dass diese Brücke nicht zu retten sei. Er finde es nicht richtig, jetzt hier den Eindruck zu erzeugen, wegen der Kinder, für die Kinder das unbedingt zu machen, die Verwaltung sei nur stur, wenn sie es wollte, dann ginge es auch. Neben dem Punkt, den Herr Küpperbusch genannt habe, gebe es auch noch einen zweiten, das sei das Geld. Und der erste Punkt, das sogenannte Lichtraumprofil der Busse, sei auch nicht zu verniedlichen. Die Brücke weiter zu sanieren und behindertengerecht auszubauen, koste viel Geld im Vergleich natürlich auch zu den Abbruchkosten. Es sei beschlossen worden, ebenerdige ampelgesteuerte Übergänge für viel Geld zu bauen. Was sollten da noch zusätzlich die Sanierungskosten für eine Brücke?

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, erklärte, es sei nicht ganz zufällig, dass diese Brücke in Neustadt so gebaut worden sei, dass die Straßenbahn mit zwei Gleisen durch passe. Wer genau die Entwicklung der Magistrale in Neustadt verfolgt habe, wisse, dass alle Brücken und Tunnel so konzipiert gewesen seien, dass der spätere Ausbau einer Straßenbahn auf dem Mittelstreifen möglich sei. Wenn Herr Dr. Busmann in seiner Stellungnahme schreibe, dass es 1992/1993, als die Sanierung durchgeführt worden sei, noch keine konkreten Beschlüsse zur Straßenbahn nach Neustadt gegeben habe, dann sei das richtig, aber nur die halbe Wahrheit. Es habe damals auch noch keinen einzigen in dieser Stadt gegeben, der ernsthaft darüber nachgedacht habe,

wegen der Straßenbahn diese Brücke abzurechen. Es sei völlig richtig gewesen, auch unter der Annahme, die Straßenbahn könne bald kommen, diese Brücke zu sanieren, da davon ausgegangen worden sei, dass diese Brücke dann Mehrfunktion bekommen werde, nämlich als Zugang zur Straßenbahnhaltestelle.

Bei der Aufstellung des B-Planes Nr. 90 für den Straßenbahnbau im Zuge der Magistrale habe man zwar die Bushaltestellen und die Einbindung gesehen, aber keiner habe in dem Moment begriffen, dass damit genau dieses Breitenproblem auftrete mit den Brücken. Damals hätte man in dieser Frage entscheiden müssen, was man wolle.

Zum Problem der behindertengerechten Zugänge zu den Haltestellen: Das Problem habe man in jedem Fall. Man dürfe sich nicht die Rampen vorstellen, die jetzt außen an der Magistrale

seien und die viel zu steil für eine behindertengerechte Lösung seien. Eine Nachrüstung

an der bestehenden Brücke sei nicht mehr möglich.

Er glaube, das Problem, das hier anstehe, sei eines der wenigen Probleme, wo wirklich eine

Verweisung in den Fachausschuss Planung und Umwelt dringend notwendig sei.

Es gehe hier um ein echtes Abwägungsproblem zu dem Bebauungsplan Nr. 90 - Abbruch der

Brücke und damit die Möglichkeit des ebenerdigen

behindertengerechten, aber durch Ampel-anlage usw. problematischen Zugang zur Haltestelle mit der direkten Koppelung Bus und

Straßenbahn innerhalb des Gleiskörpers oder Beibehaltung der Brücke mit entsprechendem

Verzicht auf die Zusammenfassung und einer entsprechenden Änderung des B-Planes.

Er beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für

Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Gleichzeitig beantrage er, die Verwaltung zu beauftragen, dafür zu sorgen, dass die Abbruch-

arbeiten solange aufgeschoben werden, bis diese Diskussion beendet worden ist.

Herr **Dr. Busmann** bemerkte, es gebe einen sehr konkreten Zeitplan für die Straßenbahn.

Er werde die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 06.04.1999 nutzen, um die Angelegenheit dort vorzutragen; er werde dann auch etwas Genaueres zu den Kosten sagen: Leitungsverlegung, behindertengerechter Ausbau der Brücke. Es könne sein, dass der Zeitplan es gar nicht mehr erlaube, den Abbruch der Brücke hinauszuschieben.

Herr **Dr. Köck**, PDS, meinte, die Brücke stehe noch, und man habe noch alle Freiheiten zu entscheiden und noch einmal nachzudenken. Man habe auch andere große Projekte in Details korrigiert, weil man aufgrund der Größe, der Länge nicht alle Detail übersehen habe, z. B. bei der Mötzlicher Straße.

In Halle-Neustadt gebe es eine breite Zustimmung für den Erhalt der Brücke. Er könnte sich

vorstellen, wenn man einen Bürgerentscheid mache, würde man eine große Mehrheit für den Erhalt gewinnen. Die Brücke sei die einzige sichtbare Klammer zwischen den zwei Teilen der Neustadt rechts und links der Magistrale.

Seine Fraktion unterstütze den Antrag und werde ihn bis zum hoffentlich positiven Ende

begleiten.

Eine behindertengerechte Möglichkeit der Überquerung der Magistrale müsse sowieso

gestaltet werden. Da könne man sicherlich einen Kompromiss finden.

Er verwies darauf, dass man demnächst eine Brücke bauen wolle, die man zwar geschenkt bekomme, wo aber die Stadt noch 700 TDM dazugeben müsse, um diese Brücke nutzbar zu machen.

Herr **Dölle**, CDU, ging auf eine Textpassage in der Stellungnahme der Verwaltung ein.

Darin werde geschrieben, dass immer noch die Zielvorstellung der autogerechten Stadt vorgeherrscht habe wie das in vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen sei.

So wie Halle beschaffen sei, habe es auch in den vergangenen Jahrzehnten nie die Vor-

stellung einer autogerechten Stadt gegeben, und die gebe es auch heute nicht. Jeder wisse, dass Halle Straßen mit mittelalterlichem Charakter habe. Wenn man nicht große Schneisen in die Stadt schlagen wolle, dann müsse man mit diesen Straßen auskommen.

Er habe den Eindruck, dass Herr Dr. Busmann mit seinem Grundeinsatz ein Erlebnissbereich

daraus machen zu wollen, immer den Straßenverkehr verhindere. Das scheine ihm auch

hier der Fall zu sein, wenn es um diese Brücke gehe. Wenn schon einmal eine Brücke

da sei, dann entlaste sie die Behinderung durch einen ebenerdigen Übergang.

Er sei der Meinung, es sei ein guter Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, den man im Fachausschuss gründlich beraten sollte.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, führte den nächsten Termin des Ausschusses für Planungs- und

Umweltangelegenheiten an. Das sei der 06.04.1999. Auf normalem Wege bekomme man das

Thema nicht mehr auf die Tagesordnung. Um es auf außerordentlichem Wege auf die

Tagesordnung nehmen zu können, müssten alle Mitglieder anwesend sein und keiner dürfe

widersprechen, das sei schon eine Schwierigkeit. Eine Woche später finde eine außer-

ordentliche Sitzung statt, da könnte es auf die Tagesordnung.

Es gebe zeitliche Zwänge und er bitte Herrn Dr. Busmann deutlich zu sagen, was man erreichen könne.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, seines Erachtens sei es überhaupt nicht mehr möglich, die

Sache so zu machen, wie hier beantragt werde, da es den gesamten Zeitplan über den

Haufen werfen würde. Dieser Zeitplan sei außerordentlich wichtig, weil an ihm die Mittel

hingen, die man von Bund und Land bekäme. Dieser Zeitplan müsse sogar noch straffer geführt werden, weil der Bund mehr Mittel in

diesem Jahr gebe, als man ursprünglich habe bekommen sollen. Die Verwaltung könne sicherlich die Diskussion nicht so verstehen, dass

man das Projekt Straßenbahn Halle-Neustadt in Frage stelle, den ganzen Zeitplan.

Wenn man die Mittel nicht abrufe, müsste man sie durch Eigenmittel ersetzen, das könne die Stadt nicht.

Man müsste umplanen, man müsste im Straßenbau umplanen, die ganze Ausführungsplanung

sei schon abgeschlossen. Man habe Ausschreibungen am Laufen - das sei seine Einschätzung.

Er werde am 06.04.1999 eine Mitteilung seitens der Verwaltung mit dem Projektsteuerer im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten machen, was zu machen sei und welche Konsequenzen das zeitlich habe und welche Zusatzkosten es mitsichbringe.

Aus der Projektverantwortung für dieses 210-Millionen-Projekt heraus könne er dem seitens der Verwaltung überhaupt nicht zustimmen, sondern sehe es als nicht realisierbar an.

Herr **Boltze**, Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN-Graue Panther, argumentierte, viele Senioren würden diese Brücke nutzen, aber auch Kinder, die das Leistungszentrum für Gymnastik erreichen wollten. Die Brücke sollte erhalten bleiben.

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bat Herrn Dr. Busmann, zur nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses nicht nur seine Vorstellungen zum Zeitplan und zur Realisierung aus dem Projektionskreis vorzustellen, sondern auch konkrete Vorschläge dazu zu machen, inwieweit diese Brücke behindertengerecht eingepasst werden müsse, inwieweit eine Alternativquerung über eine Lichtzeichenanlage an dieser Stelle machbar sei, inwieweit weiter westlich die Bauarbeiten fortgesetzt werden könnten, bis eine Planung an dieser Stelle konkretisiert wurde und inwieweit eine Rampe notwendig sei oder ein Fahrstuhl eingebaut werden könnte.

Es sollte die Möglichkeit gelassen werden, im Rahmen des Ausschusses und im Rahmen des Stadtrates über einen Abriss abstimmen zu können.

Herr **Prof. Schuh** äußerte, er sei gebeten worden, den Antrag für die SPD-Fraktion eventuell zurückzunehmen. Er wolle begründen, warum man das nicht tun werde. Man könne nicht abschätzen, was dann an finanziellen Katastrophen auf die Stadt zu komme. Einfach zusagen, man ziehe das zurück und hinterher komme Herr Dr. Busmann mit Millionenbeträgen, das sei ihm zu unheimlich. Er müsse allerdings auch sagen, man hätte kein Problem, wenn in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung das grundlegende Vertrauen immer vorhanden wäre, was nicht mehr existiere. Er werde also nicht zurückziehen, und er denke, dass Herr Dr. Busmann die Brücke nicht vor der Sitzung des Planungsausschusses abreißen werde.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten (Termin: 06.04.1999)

v e r w i e s e n.

**Zu Antrag des Stadtrates Ingo Kautz, CDU zum Thema
„Sport gegen**

Gewalt unter Jugendlichen``

Vorlage Nr. 99/I-51/A-548

Herr **Kautz**, CDU, dankte der Verwaltung für die umfangreiche Stellungnahme, die beweise, dass dieses Thema auch in Halle wichtig sei und die Stadtverwaltung auch schon viele Erfolge zu verzeichnen habe. Bei seinem Antrag gehe es um eine neue Dimension, um die Beteiligung des Polizei-Sportvereins und des Stadtsportbundes an einer geplanten Aktivität.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, die Stadt habe bereits alle notwendigen Schritte eingeleitet und sei darüber auch mit der Polizei einig, dass eine solche Maßnahme durchgeführt werden soll.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/A-548 - Antrag des Stadtrates Ingo Kautz, CDU
zum Thema „Sport
gegen Gewalt unter
Jugendlichen“

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über ihre
Mitwirkung bei den geplanten
Aktivitäten von Stadtsportbund, Polizei-Sportverein
und Polizei zu Veran-
staltungen in den Abend-/Nachtstunden, wo besonders
den Jugendlichen die
sportliche Betätigung ermöglicht werden soll, zu
berichten.

Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke (CDU-Fraktion)
betreffend die
Veranstaltung für Neubürger
Vorlage Nr. 99/I-51/A-549

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Abstimmung zum Antrag: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/A-549 - Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke
(CDU-Fraktion)

betreffend die

Veranstaltung für Neubürger

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Personen,
die in Halle die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben
(Neubürger) zu einer festlichen
Veranstaltung einzuladen.
Damit soll die Bereitschaft zur Integration
demonstriert werden. Diese Ver-
anstaltung könnte einmal jährlich als
„Begrüßungsveranstaltung“ stattfinden,
aber auch andere Formen sind denkbar.

Zu Antrag der SPD-Fraktion - Fußgängerampel
Delitzscher Straße/

Bahnhofplatz

Vorlage Nr. 99/I-51/A-550

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag:

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-51/A-550 - Antrag der SPD-Fraktion -
Fußgängerampel Delitzscher

Straße/Bahnhofplatz

An der Fußgängerampel am Bahnhofplatz von Halle kommt es regelmäßig zu bedrohlichen Situationen für Fußgänger durch Nichtbeachtung der Rotphase an der dort vorhandenen Ampel durch den Geradeausverkehr von KfZ in Richtung Riebeckplatz.

Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese potentielle Gefahrenquelle zu entschärfen.

Zu Antrag der PDS-Fraktion zur Erarbeitung eines neuen Mietspiegels

Vorlage Nr. 99/I-51/A-551

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

externe Ausschreibungen erfolgen,

2. zwei Azubis, die im Juli 1999 ihre Ausbildung abschließen, mindestens ein Jahr angestellt werden und

3. die Verwaltung beauftragt wird, bis Oktober 1999 eine mittelfristige Bibliotheksbedarfsplanung vorzulegen, auf deren Grundlage weitere Entscheidungen zur Entwicklung der Stadtbibliothek getroffen werden.

Zu Dringlichkeitsantrag der F.D.P.-Fraktion zur Autobahn A 143

Vorlage Nr. 99/I-

51/A-555

Herr **Prof. Schuh**, SPD, stellte einen **Änderungsantrag**, es sollte im Antrag formuliert werden:

Die Landtagsfraktionen von PDS, SPD und CDU werden aufgefordert...

Herr **Kley**, F.D.P., erklärte, selbstverständlich habe seine Fraktion nichts dagegen, auch die CDU-Fraktion aufzufordern, wenn es auch in diesem Fall überflüssig sei, da dort von Anfang an die Meinung bestanden habe, dass der Landesgesetzgeber Bundesrecht nicht brechen können. Man habe gestern gelesen, dass es in Verhandlungen zwischen PDS und SPD in der Landesregierung ernsthafte Bestrebungen gebe, die A 143 aus dem Landesentwicklungsplan herauszunehmen. Das hätte zur Folge, dass diese wichtige Westumfahrung Halles nicht gebaut werden würde und damit die gesamten Bestrebungen des Stadtrates zur Verkehrsminderung auf den innerstädtischen Straßen ad absurdum geführt würden. Deshalb sei es wichtig, dass sich die größte Stadt des Landes Sachsen-Anhalt zu Wort melde und alle entscheidenden Fraktionen des Landtages auffordere, dies zu beschließen und in ihrem Votum deutlich zu äußern, dass das wichtig sei.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, meinte, hier solle offensichtlich eine Resolution verabschiedet werden an zwei Fraktionen, die Schelte dafür bekommen sollen, dass sie sich in einer Entscheidungsfindung befinden und möglicherweise, weil ihnen vielleicht neue Erkenntnisse vorliegen oder weil es irgendwelche Schwierigkeiten gebe, bisher hier von der Mehrheit unterstützte Beschlüsse ändern wollen. Das sei im Landtag, und auch da sei jeder Abgeordnete wie auch jeder Stadtrat wohl in erster Linie seinem Gewissen und seiner Sachkompetenz, die er sich beschaffen könne, verpflichtet.

Er denke, wenn man über diesen Entscheidungsfindungsprozess nicht Bescheid wisse, sollte man sich erst wissend machen. Man sollte sich die Argumente anhören und sollte im Ausschuss dazu beraten. Er beantrage, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten verwiesen werde.

Herr **Koehn**, SPD, erklärte, die SPD-Landtagsfraktion stehe hundertprozentig für die A 143. Die Resolution sollte entweder an alle im Landtag vertretenen Parteien gehen oder, wenn es der Sachlichkeit dienen sollte, ausschließlich an die PDS-Fraktion.

Herr **Dr. Köck**, PDS, äußerte, er sei der F.D.P.-Fraktion außerordentlich dankbar für diesen Antrag. Ein besseres Podium, um noch einmal die ganze Problematik darlegen zu können, hätte er sich nicht wünschen können. Es sei eine Horrorvision, wenn man sich auf die A 143 versteife. Die Verkehrsprobleme, die man in der Stadt habe und die man mit einem nördlichen und einem südlichen Saaleübergang lösen müsse, würden solange auf Eis liegen, solange man auf die A 143 setze. Der Bundesverkehrswegeplan sei unterfinanziert bis zum Geht-nicht-mehr. Wenn sämtliche Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ und die anderen Projekte, die im alten Bundesgebiet geplant seien, mit einem Finanzvolumen wie jetzt realisiert werden würden, dann schreibe man das Jahr 2040. Es könne doch nicht der Ernst sein, den Hallensern die Lösung der Probleme Giebichensteinbrücke und Magistralenbrücke bis zu diesem Zeitpunkt hinauszuschieben. Es werde einen Antrag der PDS-Fraktion im Landtag geben, dieses Projekt zu überprüfen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, erwiderte, was Herr Dr. Köck vorgetragen habe, seien Träumereien am Kamin. Die finanzielle Situation sei so, dass z.B. die Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost rund 200 Mio DM koste. Dafür habe man nach drei Jahren Beantragung einen ersten Fördermittelbescheid über eine Summe von 63 Mio DM bei einem großen Anteil der Stadt Halle. Es fehlten also noch rund 130 Mio DM. Die Berliner Brücke, die Rekonstruktion, koste rund 40 Mio DM bis 50 Mio DM. Vom Regierungspräsidium liege ein ablehnender Bescheid vor, dass dafür keine Fördermittel gegeben werden. Und nun werde gesagt, dass man noch einen südlichen und einen nördlichen Saaleübergang bauen sollte.

Herr **Doege**, CDU, erklärte, von seiner Fraktion liege ein sehr klares Bekenntnis für die A 143 vor. Er denke, es sei ein Projekt, das von großer Wichtigkeit sei, um den gesamten Wirtschaftsraum Halle zu erschließen.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, es sei bedauerlich, wenn über den Antrag heute nicht entschieden werden soll. Es sei Anliegen des Antrages gewesen, da morgen der zuständige Ausschuss im Landtag tage, die Position Halles klar zu definieren.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte, die sachliche Diskussion sei nicht neu, die Sachargumente seien alt. Es sei im Ernst nie darum gegangen, die Bundesfernstraße grundsätzlich in Frage zu stellen. Das wäre verheerend für die Stadt Halle.

Für die Verwaltung sei die Position nach wie vor klar; man wünsche sich Rückenstärkung in Richtung Sachsen-Anhalt, in Richtung Magdeburg, das sei wichtig, damit der Bund in einer vielleicht schwierigen Koalitionssituation hier nicht ein Opfer an falscher Stelle bringe. Das wäre für die Stadt Halle, die überhaupt keine stadtinternen Tangenten habe, ein absoluter Schildbürgerstreich.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** fasste zusammen, die Stadt Halle habe ihre Position, die im Stadtrat beschlossen worden sei, untermauert, das heiße, wenn der Antrag heute nicht beschlossen werde, sondern in die Ausschüsse verwiesen werde, so sei das so zu verstehen, dass man sich dort noch einmal informiere, das heiße aber nicht, dass die Beschlusslage der Stadt Halle sich geändert habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

v e r w i e s e n .

Zu Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, F.D.P. und PDS im Stadtrat

Vorlage Nr. 99/I-

51/A-556

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erläuterte den Hintergrund für diesen Antrag. Der Landesrechnungshof prüfe regelmäßig seit Anfang der 90iger Jahre Teile der Stadtverwaltung. Aus diesen Prüfungen resultierten Prüfberichte, zu denen letztendlich zwingend notwendig eine Stellungnahme der Stadtverwaltung erfolgen müsse.

Nach § 44 der Gemeindeordnung sei die Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes eine Aufgabe des Stadtrates, die er nicht einem Dritten übertragen könne.

Nach § 126 der Gemeindeordnung sei bei diesen Prüfberichten so zu verfahren, dass der Oberbürgermeister diese dem Stadtrat mit seiner Stellungnahme zur Beschlussfassung vorlege.

Er könne sich nicht erinnern, dass in seiner Stadtrattätigkeit seit 1994 hier jemals ein Prüfbericht mit Stellungnahme zur Beschlussfassung vorgelegt worden sei. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass eine Reihe von Prüfberichten in der Stadtverwaltung vorliegen, zu einigen sei Stellung genommen worden, zu einem liege keine Stellungnahme vor.

Er habe in diesem Zusammenhang einen Termin beim Regierungspräsidium gehabt. Der Vize-präsident habe ihn, gemeinsam mit Herrn Koehn und Herrn Dr. Bock, empfangen, und man habe über diesen Sachverhalt gesprochen. Der Vizepräsident des Regierungspräsidiums habe darauf hingewiesen, dass bei der gegenwärtigen Sachlage es evident sei, dass hier ein Rechts-verstoß vorliege und habe betont, dass es sich um einen nicht unerhebliche Rechtsverstoß handle.

Man beauftrage den Rechnungsprüfungsausschuss, nun diese Vorgänge zu untersuchen und festzustellen, wie es zu diesen Rechtsverstößen habe kommen können.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** empfahl, den Antrag mit der Maßgabe anzunehmen, dass die Verwaltung dem Stadtrat gemäß § 126 (6) der GO die Prüfberichte des Landesrechnungshofes bis 1998 mit Stellungnahme der Verwaltung zur Mai-Tagung des Stadtrates vorlegt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. 99/I-51/A-556 - Dringlichkeitsantrag der Fraktionen
SPD, F.D.P. und PDS im**

Stadtrat

Der Rechnungsprüfungsausschuss wird beauftragt,
eine umfassende Überprüfung
der Bearbeitung und Beantwortung aller die Stadt
Halle betreffenden Prüfberichte
der Jahre 1994 bis 1998 des Landesrechnungshofes
vorzunehmen und dem
Stadtrat spätestens im Mai darüber einen Bericht zu
erstatten.

Dabei ist insbesondere auch darauf abzustellen,
welche Personen an der
Bearbeitung beteiligt waren und wer jeweils für
welche Bearbeitungsschritte
verantwortlich war.

Zu TOP 18 - Anfragen von Stadträten

*(Die Anfragen der Stadträte an die 51. Tagung sowie die Antworten der Verwaltung werden auf den Seiten 96 bis 119 der Niederschrift wiedergegeben.
Die Niederschrift der Diskussion im Stadtrat erfolgt ab Seite 120.)*

Zu Anfrage Nr. 01 - des Stadtrates Joachim Geuther
(CDU-Fraktion)

betreffend die
Kontrolle der Einhaltung des Kinder-
und
Jugendschutzgesetzes in Halle (Saale) durch die
Stadtverwaltung

Herr **Geuther**, CDU, ging auf die Antwort der Verwaltung ein. Er
meine, man sollte Kontrollen präventiv durchführen und nicht nur
aufgrund von Hinweisen.

**Zu Anfrage Nr. 02 - der Fraktion Neues Forum zu
Werbeschildern auf**

Fuß- und Radwegen

Herr **Jeschke**, Neues Forum, frage nach der Umsetzung dieser genannten Maßnahmen gegen ordnungswidrig aufgestellte Werbeschilder.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, es werde aufgefordert, diese Schilder zu entfernen. Wenn nicht reagiert werde, könne auch eine Ersatzvornahme angeordnet werden.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der F.D.P.-Fraktion - nochmals zum
„Grünen Pfeil“**

Ecke

Franckestraße/Breitscheidstraße

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, sich auf seine Anfrage beziehend, manchmal helfe nur Ironie. Der Bürger wünsche sich, dass ein solch „epochales“ Ereignis wie die Anbringung eines „Grünen Pfeiles“ nicht mit einem solchen Zeitaufwand verbunden sei.

**Zu Anfrage Nr. 04 - des Stadtrates Klaus Müller, PDS
zum historischen**

Triebwagen Nr. 4

Die Antwort der HAVAG wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 05 - der SPD-Fraktion zur Pferdehaltung
im Wohngebiet**

Leuchtturmsiedlung

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, die Antwort der Verwaltung sei befriedigend.

**Zu Anfrage Nr. 06 - der SPD-Fraktion -
Wohnumfeldverbesserung/Müll-**

containerstandorte

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 07 - der SPD-Fraktion -
Kundenfreundlichkeit der HAVAG**

Frau **Scheller**, SPD, meinte, die Antwort könne nicht zufriedenstellen. Die Arbeitsorganisation der HAVAG sei ein internes Problem. Durchgängige Öffnungszeiten müssten möglich sein. Die SPD-Fraktion werde die Einladung der HAVAG annehmen, um sich mit den Problemen eines Standortes um den Markt herum vertraut zu machen.

**Zu Anfrage Nr. 08 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried
Kiel, PDS zu einigen**

Beschlüssen des Stadtrates zur

Konsequenzen aus

Schulentwicklung

Herr **Prof. Kiel**, PDS, dankte der Verwaltung für die Antwort. Sie sei konkret und geeignet, Eltern und Schüler in dem Bereich Freimfelde/Diemitz und Reideburg/Kanena zu informieren.

Herr **Bönisch**, CDU, meinte, die Möglichkeiten für die zu Fuß gehenden Kinder müssten noch geklärt werden. Er fragte, ob die Verwaltung sich dafür eingesetzt habe, dass betroffene Lehrer an Schulen, die geschlossen werden, mit ihren Schülern im Grundschulbereich versetzt werden.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, erwiderte, die Verwaltung habe offiziell den Beschluss des Stadtrates dem Staatlichen Schulaufsichtsamt mitgeteilt. Es habe bisher von dieser Seite keine offizielle Antwort gegeben, außer der Aussage, dass dies in der Souveränität des Staatlichen Aufsichtsammtes entschieden werde.

Mündliche Anfragen:

Herr **Geuther**, CDU, ging auf Bürgerinformationen von Anwohnern der Dieselstraße ein. Es sei beobachtet worden, dass dort keine Bauarbeiten mehr stattfinden. Des weiteren gehe das Gerücht um, dass es Schwierigkeiten mit den Sperrmaßnahmen zur Anbindung Merseburger Straße gebe und dadurch der Baufortschritt gehemmt werde. Die Stadtverwaltung sollte die Bürger informieren.

Herr **Dr. Köck**, PDS, nahm auf die Rubrik „Stadtgeflüster“ in der Mitteldeutschen Zeitung vom 12.03.1999 Bezug. An dieser Stelle sei ein Bild abgedruckt, das den Oberbürgermeister und den Generalkonsul der USA, der sich ins Goldene Buch der Stadt eintrage, im Gästezimmer des Stadthauses zeige. Im Hintergrund sei der frühere Bundeskanzler Kohl zu sehen. Das Zimmer sollte etwas neutraler gestaltet werden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** nahm diesen Hinweis dankend entgegen.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, sprach den Modellversuch der Stadt mit Recyclingcontainern an, mit dem ruhestörender Lärm vermieden werden soll. In anderen Städten wie Chemnitz z.B. habe man mit billigeren Methoden die gleiche Wirkung erzielt.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, entgegnete, der Modellversuch sollte als Ausnahmebeitrag betrachtet werden, der nur in wirklich verdichteten Gebieten gemacht werde. Wenn es bessere Möglichkeiten gebe, sollte es dementsprechend getan werden.

Herr **Dölle**, CDU, erinnerte an seine Frage in vorangegangener Diskussion: In welchen Gremien oder Vereinen sei die Stadt Halle Mitglied mit welchen Beiträgen?

Herr **Müller**, PDS, fragte nach dem Innenabstand der beiden Mittelstützen der Brücke in Halle-Neustadt. Wie lange sei die Berliner Brücke noch betriebsfähig? Er erwarte eine Antwort dazu im Fachausschuss.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Zu TOP 19 - Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen abgegeben.

Damit wurde die 51. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

Dr. Brockmann

Rauen

Vorsitzender des Stadtrates
Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale)
Stadt Halle (Saale)

Dr.

der

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian
Stadt Halle (Saale)
26.03.1999
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 51. Tagung des
Stadtrates der
Stadt Halle (Saale) am 24.03.1999

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.05 Uhr bis 14.35 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 51. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Dr. Brockmann**.

Herr **Haubitz** bezog sich auf seine Anfrage, die er in der 50. Tagung des Stadtrates gestellt hatte. Ihm sei damals eine Zusage für einen Termin bei der Widerspruchsstelle gegeben worden. Diese Zusage sei nicht eingehalten worden. Weiter zitierte er aus Artikeln der Mitteldeutschen Zeitung, in denen die Arbeit der Verwaltung kritisiert wurde.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** entgegnete, nicht alles, was in der Zeitung stehe, sei richtig.

Herr **Haubitz** sprach die Thematik Leipziger Straße an. Es sei zugesagt worden, zuerst die obere Leipziger Straße zu sanieren, nun beginne man am unteren Teil.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, es habe Finanzierungs-schwierigkeiten gegeben; nun stünden die Mittel bereit. Die Aussagen, die im Stadtrat gemacht worden seien und auch anlässlich des Bürgerforums vor wenigen Tagen, träfen zu, dass die Voraussetzungen gegeben seien, im nächsten Jahr mit dem Ausbau der oberen Leipziger Straße zu beginnen. Der Kanalbau solle schon in diesem Jahr beginnen.

Frau **Harnagel** äußerte sich zur Anfrage der SPD-Fraktion - Pferdehaltung in der Leuchtturmsiedlung. Sie schilderte ihr Anliegen, ihre Suche nach einem geeigneten Grundstück für Pferdehaltung. Sie bat zu prüfen, ob die Dauer des Pachtvertrages verlängert werden könne.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, sagte eine Prüfung des Anliegens zu.

Herr **Kautius** fragte nach der versprochenen Antwort auf seine Anfrage - zerfahrene Grünfläche durch Fahrzeuge der HASTRA im Robinienweg.

Herr **Dr. Roscher** antwortete, das Ordnungsamt habe die Situation geprüft. Um das Zerfahren der Grünfläche künftig zu unterbinden, werde die Zufahrt vom Buchenweg zum Robinienweg verpollert.

Herr **Kautius** ging weiter auf das „neue theater“ ein und dessen erzielten Gewinn im Wirtschaftsjahr 1996/97. Er appellierte an den Stadtrat, den Überschuss beim Theater zu belassen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erläuterte, der Hauptausschuss habe der geäußerten Absicht, das Geld der Stadtkasse zuzuführen, nicht zugestimmt. Er sei guter Hoffnung, dass sich der Stadtrat dieser Auffassung anschließen werde.

Frau **Dr. Konopka** sprach zum Thema Straßenausbausatzung. Sie fragte, ob man sich Gedanken gemacht habe, wieviele ostdeutsche Hauswirte ins Unglück gestürzt werden würden, wenn sie an künftigen Straßenausbauten beteiligt würden.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, wenn Frau Dr. Konopka ihr verständliches Plädoyer aus dem Interesse des Einzelnen gegen Beiträge für den Straßenausbau noch um einen Teil ergänzen könnte, nämlich um den Teil, dass selbstverständlich die Stadt auch dafür zu sorgen habe, dass ein leistungsfähiges Straßensystem für die Bürger insgesamt, für die Wirtschaft, für sämtliche Aktivitäten, die in der Stadt nötig seien, zustandekomme und das auch finanziert werden müsse, dann würde dies ein Gesamtbild ausmachen. Er könne verstehen, dass derjenige, der zur Zahlung aufgefordert werde, dadurch in Schwierigkeiten kommen könne, aber man müsse dies zuerst einmal in diesen Gesamtzusammenhang hineinstellen, und da sei es in der Tat so, dass das Land 1996 ein Gesetz erlassen habe, das diesen Beitrag zur Pflicht mache. Die Stadt habe keine Möglichkeit, dies bei Seite zu lassen, sie müsse diese Beiträge erheben. Der Stadtrat und die Ausschüsse, soweit sie sich bisher damit befasst haben, hätten sehr sorgfältig abgewogen, inwieweit eine Belastung für die Bürger zumutbar sei. Dieser Prozess sei noch nicht abgeschlossen.

Die Tatsache, dass der Punkt heute nicht mehr auf der Tagesordnung stehe, hänge damit zusammen, dass das Land eine Klarstellung durch eine Gesetzesänderung vorgenommen habe.

Diese Vorlage werde ganz sicher wieder auf die Tagesordnung kommen, und die Verwaltung könne und wolle nicht von der Absicht lassen, grundsätzlich einen solchen Beitrag einzufordern. Man werde sich

aber noch einmal mit dem Thema auseinandersetzen und prüfen, ob alle Aspekte bisher bereits bedacht worden seien.

Frau **Dr. Konopka** erwiderte, sie habe in ihren schriftlichen Darlegungen an alle Fraktionen des Stadtrates deutlich gemacht, welche Möglichkeiten sie als einfache Bürgerin sehe, sehr viel Geld in das Stadtsäckel zu bekommen.

Herr **Kautius** wies darauf hin, dass beim neuen Juridicum versäumt worden sei, den Gehweg für Rollstuhlfahrer befahrbar zu machen.

Herr **Dr. Busmann** nahm diese Anregung auf. Die Straßen am Universitätsplatz seien jedoch noch nicht ausgebaut; es bestünde noch die Möglichkeit, das ein oder andere dort anzupassen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** nahm Bezug auf die Anfrage von Herrn Haubitz.

Sie habe Herrn Haubitz am 04.03.1999 geschrieben; in dem Schreiben seien Ansprechpartner und Telefonnummern genannt worden. In der Zwischenzeit sei ein Gespräch geführt worden, ein weiterer Termin finde morgen statt. Sie könne nicht erkennen, dass die Verwaltung hier nicht tätig geworden sei.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Damit wurde die Einwohnerfragestunde beendet.

Dr. Brockmann

Dr. Rauen

Vorsitzender des Stadtrates

Oberbürgermeister

der Stadt Halle (Saale)

der Stadt Halle (Saale)

Eckert

Protokollführerin

Protokollantin: Panian